

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
56. Sitzung

12.01.1989
he-sz

Er habe sich selbst davon überzeugt, daß das in Holland vorhandene Know-how nicht ohne weiteres auf die nordrhein-westfälischen Kriterien angewendet werden könne, zumal es zur Zeit keine Produktion in Warmtreiberei in Nordrhein-Westfalen gebe.

Auf die Frage von Abg. Jacobs (CDU), mit welcher Übergangszeit bis zur Privatisierung gerechnet werden müsse und warum nicht sofort privatisiert werde, gibt Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) an, man gehe im Augenblick von vier bis fünf Jahren aus, bis das Projekt praxisreif sei und damit an private Betreiber übergeben werden könne. Das Risiko sei einfach zu groß, weshalb sich auch kein Gartenbaubetrieb finde, der jetzt schon in die Produktion einsteige.

Die Gartenbauverbände seien deshalb dankbar, daß das Risiko von der STEAG mitgetragen und durch öffentliche Mittel abgesichert werde. Im übrigen arbeite man auch eng mit dem Gemüsegroßmarkt Roisdorf zusammen, um sofort den Absatz zu testen.

2 Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 10/3196

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

Drucksache 10/3233

hier: Beschlußfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Die CDU-Fraktion halte trotz einiger Zuschriften, die zu den Gesetzentwürfen eingegangen seien, eine Anhörung für erforderlich, legt Abg. Neuhaus (CDU) dar. Die Liste der Verbände und Institutionen, die angehört werden sollten, habe er schriftlich vorgelegt.

Er gehe davon aus, daß, wie bei Anhörungen üblich, nicht jeder Verband einzeln eine Stellungnahme abgebe, sondern fachlich verwandte Verbände einen gemeinsamen Redner benannten. Das schließe nicht aus, daß die Vertreter der anderen Verbände und Institutionen für die Beantwortung von Zusatzfragen ebenfalls zur Verfügung stünden.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
56. Sitzung

12.01.1989
he-sz

Abg. Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.) schließt sich dem Antrag der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuß müsse nicht nur darüber befinden, merkt der Vorsitzende an, ob eine Anhörung durchgeführt werden solle, sondern auch über den Kreis der Anzuhörenden und den Gegenstand der Anhörung sowie den Termin.

Im Hinblick auf die relativ geringfügigen Änderungen des Gesetzes halte die SPD-Fraktion eine Anhörung von 20 Institutionen für einen unangemessenen Aufwand, erwidert Abg. Gorlas (SPD).

Er stehe ferner auf dem Standpunkt, daß seit der Einbringung der Gesetzentwürfe ausreichend Zeit sowohl für die Beratung wie für eine Anhörung, wenn sie schon gewünscht werde, gewesen sei. Er erinnere bei dieser Gelegenheit daran, daß die Novellierung eigentlich in der Dezember-Sitzung habe beschlossen werden sollen.

Die SPD-Fraktion jedenfalls habe die Zwischenzeit genutzt, um mit allen betroffenen und beteiligten Verbänden Gespräche zu führen, so daß von daher gar kein Bedarf für eine Anhörung bestehe.

Trotzdem sei die SPD bereit, den Wunsch von CDU und F.D.P. zu akzeptieren und ein Hearing durchzuführen. Er bitte aber um Verständnis, daß dann die Zahl der Redner auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werde.

Damit die verhältnismäßig bescheidene Novellierung nicht noch länger verzögert werde, sollte die Anhörung so bald wie möglich stattfinden; er schlage dafür die nächste Ausschußsitzung am 16. Februar 1989 vor. Nach der Anhörung könnte der Ausschuß weitere Tagesordnungspunkte behandeln.

Um die gewünschte Begrenzung zu erreichen, sollte die Redezeit je Vortragenden nicht wesentlich über fünf Minuten hinausgehen. Es stehe jedem Verband frei, darüber hinaus ausführliche schriftliche Stellungnahmen abzugeben.

Für seine Fraktion beantrage er folgende Rednerblöcke:

1. Rheinischer Landwirtschaftsverband
Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
Waldbauernverband NW
2. Gartenbauverband Rheinland
Gartenbauverband Westfalen-Lippe
Provinzial Obstverband